

Inhaltsverzeichnis

1. Deutsches Atomforum	
2. FORATOM	
3. Roland Tichy	
4. Deekeling Arndt Advisors	
5. Bundesverband der Deutschen Industrie	

Kerntechnik Deutschland

Kerntechnik Deutschland e. V. (KernD) wurde 1959 als **Deutsches Atomforum** e.V. (DATF) gegründet. 2019 erfolgte eine Verschmelzung mit dem Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik e.V. (WKK) auf KernD.^[1] Zu den Mitgliedern zählen Organisationen aus allen Sektoren und Anwendungsfeldern der Kerntechnik: Energieversorgungsunternehmen, Hersteller, Zulieferer, Dienstleister, Hochschulen und Forschungsinstitute, Wirtschaftsvereinigungen etc.^[2] Vereinszweck ist laut [Satzung](#) die Förderung der Kompetenz im Bereich der friedlichen Nutzung der Kerntechnik bzw. angrenzender Disziplinen /Technologien in Anwendung, gesellschaftlichem Dialog, regulatorischen Prozessen sowie Forschung und Lehre.

Kerntechnik Deutschland e.V.

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Förderung der friedlichen Nutzung der Kerntechnik
Gründungsdatum	26. Mai 1959
Hauptsitz	Berliner Str. 80 A, Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	kern.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	2
2 Aktivitäten	3
3 Tochtergesellschaft INFORUM	4
4 Geschichte	4
5 Vorstand und Geschäftsführung	4
6 Mitglieder	5
7 Fallstudien und Kritik	5
7.1 2025: Forderung nach Strom-Neustart mit Kernenergie	5
7.2 Gemeinnützigkeit des Atomforums?	5
7.3 2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs	5
7.4 Werbekampagnen und Greenwashing	6
8 Weiterführende Informationen	6
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
10 Einzelnachweise	6

Lobbytätigkeit

Nach dem Beschluss der Bundesregierung, bis Ende 2022 aus der Kernkraft auszusteigen, hat der Verein seine Aktivitäten auf den Rückbau von Anlagen, die Endlagerung radioaktiver Abfälle und das Abfallmanagement konzentriert. Im September 2022 zeigte sich der Verband enttäuscht über den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums, zwei der derzeit noch am Netz verbleibenden deutschen Kernkraftwerke über den gesetzlichen Stilllegungstermin 31. Dezember 2022 hinaus lediglich in Betriebsbereitschaft zu halten und nur bei Bedarf eine Stromproduktion zu gestatten.^[3] Es sei unverständlich, dass die Auswirkung eines mehrjährigen Weiterbetriebs von Kernkraftwerken mit ihrer Erzeugung von 33 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr auf die Preisentwicklung in der Entscheidungsfindung der Bundesregierung offensichtlich keine Rolle gespielt habe.

Anfang März 2025 forderte KernD von der neuen Bundesregierung einen Strom-Neustart für Deutschland mit Kernenergie.^[4]

Im deutschen Lobbyregister gibt Kerntechnik Deutschland an, (Stand: 29.06.2023)

- im Jahr 2022 zwischen 70.001 und 80.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 1 bis 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[5]

Laut [EU Transparenzregister](#) ist in Brüssel ein Lobbyist (Vollzeitäquivalent: 0,2) ohne Zugangsberechtigung zum Europäischen Parlament tätig. Die Lobbyausgaben werden mit < 10 Tsd. Euro beziffert. Es gab kein Treffen mit der EU-Kommission. Im Gegensatz zur Vorgängerorganisation Deutsches Atomforum ist KernD kein Mitglied des einflussreichen europäischen Atomforums [FORATOM](#).

Aktivitäten

Der Verein versteht sich als Kompetenzzentrum für den öffentlichen und regulatorischen Dialog im Bereich der Kerntechnik. Inhaltlich beschäftigt sich KernD unter anderem mit den noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerken, dem Rückbau und der Entsorgung, dem Strahlenschutz, dem kerntechnischen Industrie- und Forschungsstandort, speziell in puncto Reaktorsicherheitsforschung, dem Transportwesen und der Kerntechnik im Alltag. Es gibt die folgenden Fachausschüsse: Radioaktive Abfälle (Fragen des Abfallmanagements sowie der Stilllegung und Endlagerung), Spaltmaterialüberwachung und Strahlenschutz. Auf der Webseite von KernD wird auf eine Publikation von Thomas Jobsky mit dem Titel „[Zukunftspfad Kernenergie](#)“ - ein rationaler Reset“ hingewiesen, der in atw Vol. 69 (2024) veröffentlicht worden ist.^[6] Der alternative Pfad der Energiewende soll nach Meinung von Jobsky im Rahmen der Planung eines konventionelle Kraftwerksparks u. a. mit Nutzung von Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) umgesetzt werden. Eine wesentliche Rolle sollte dabei einem Zukunftspfad Kernenergie zukommen, der die möglichst weitgehende Reaktivierung von Bestandsanlagen sowie die Neuerrichtung von Kernkraftwerken umfassen soll, vornehmlich im Bereich kleiner modularer und fortgeschrittener Reaktoren. Hierzu stellt das Umweltbundesamt fest: „Neuartige Kernreaktoren und kleinere modulare Reaktoren (SMRs) bieten bisher keine überzeugende Lösung für die bestehenden Herausforderungen und sind noch nicht weit verbreitet. Insgesamt bietet die Kernenergie keine schnelle oder nachhaltige Lösung für den Klimaschutz.“^[7]

Die Aktivitäten zu „Politik und Gesellschaft“ (u. a. Wahlspecials, Umfragen, Positionen, internationale Organisationen, Geschichte der Kernenergie, Fakten zur Kernenergie) sind [hier](#) abrufbar. Unter Experten wird neben Experten aus der Branche der Journalist und Leugner/Relativierer des menschengemachten Klimawandels, [Roland Tichy](#) aufgeführt, der dort die Solar- und Windenergie diffamiert: „Frühe Kämpfer gegen die Kernenergie genießen Heldenstatus wie Soldaten der Roten Armee, die Deutschland befreit haben; Profiteure der Solar- und Windradindustrie gelten nicht als Geschäftemacher und Subventionsjäger, sondern als Innovatoren, Pioniere und Weltverbesserer“.^[8] Ein weiterer Experte ist Frank Henning, Autor des Buches „Dunkelflaute - oder warum Energie sich nicht wenden lässt“, der die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ schreibt.^[9]

Tochtergesellschaft INFORUM

Die 1987 gegründete INFORUM Verlags- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft von KernD (ehemals DATF), die u.a. in der beruflichen Weiterbildung tätig ist und gemeinsam mit der [Kerntechnischen Gesellschaft](#) (KTG) die KERntechnik organisiert, eine Fachtagung der kerntechnischen Branche. Weiterhin gibt INFORUM das Fachmagazin "atw - International Journal of Nuclear Power" heraus.

Geschichte

Am 26. Mai 1959 wurde das Deutsche Atomforum gegründet. Kurz zuvor war das Atomgesetz der Bundesrepublik beschlossen worden, das die Rechtsgrundlage für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken schaffte. Präsident des Forums war bis in die siebziger Jahre Karl Winnacker, der während des zweiten Weltkrieges leitende Positionen bei der umstrittenen IG Farben und der Hoechst AG innehatte. Winnacker fasste die Bedeutung des Forums rückblickend so zusammen: *„Hauptaufgabe des Deutschen Atomforums war die Förderung der Kernenergie im Bewusstsein der Öffentlichkeit. (...) Ohne sie wäre die gesamte Arbeit für die Kernenergie, besonders auch die Beschaffung der staatlichen Mittel, gar nicht möglich gewesen.“*^[10] Zu Beginn zählten Vertreter von öffentlichen Behörden zu den Mitgliedern des Forums, was zur Verschmelzung von Atomwirtschaft, öffentlichen Behörden und Politikern führte. Ende der sechziger Jahre kam der Durchbruch für die Kernenergie in Deutschland. Kurze Zeit später wuchs auch der Widerstand gegen die Atomkraft stark. Das Atomforum versuchte dem entgegenzuwirken, indem es Publikationen und Broschüren veröffentlichte und Veranstaltungen abhielt, welche die Atomkraft anpriesen und Sicherheitsrisiken verharmlosten. Ein Jahr nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl wurde die INFORUM Verlags- und Verwaltungsgesellschaft als eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Atomforums gegründet. INFORUM übernahm die Organisation der Veranstaltungen und Publikationen, da nach dem Tschernobyl-Unglück die Werbung für Atomkraft wieder umso wichtiger für die Atomlobby wurde. In den folgenden Jahren konnte sich die Kernenergie in Deutschland bis zum rot-grünen Beschluss aus der Atomkraft auszusteigen im Jahr 2002 etablieren. Ein schneller Ausstieg passierte jedoch nicht, da das Atomforum mit allen möglichen Mitteln versuchte den Ausstieg hinauszuzögern.^[11] Unter veränderter Regierungskonstellation erreichte die Atomlobby schließlich den Ausstieg aus dem Ausstieg und die Verlängerung der Laufzeiten um durchschnittlich 12 Jahre. Die Ereignisse in Japan im Jahr 2011 trugen dazu bei, dass nun der stufenweise Ausstieg aus der Atomkraft bis 2020 vollzogen werden soll.^[12] 2019 wurde das Deutsche Atomforum mit dem Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik e.V. auf Kerntechnik Deutschland e.V. verschmolzen.

Vorstand und Geschäftsführung

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist Thomas Seipolt, Managing Director der NUKEM Technologies GmbH (Tätigkeit: Management von radioaktiven Abfällen, Rückbau kerntechnischer Anlagen) sowie Geschäftsführer der NUKEM Technologies Engineering Services GmbH, einer Tochtergesellschaft der NUKEM Technologies GmbH. Letztere gehört zur staatlichen russischen Atomenergiegesellschaft Rosatom, die nicht nur in der zivilen Nutzung der Kernenergie tätig ist, sondern mit 90.000 der insgesamt 275 Tsd. Beschäftigten auch für den Kernwaffenkomplex^[13]

Geschäftsführer ist Thomas Behringer, Mitglied des Beirats der [AiNT GmbH](#).

Pressesprecher mit Zuständigkeit für die EU ist Nicolas Wendler.

Mitglieder

Die 12 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Fallstudien und Kritik

2025: Forderung nach Strom-Neustart mit Kernenergie

Anfang März 2025 forderte KernD von der neuen Bundesregierung einen Strom-Neustart für Deutschland mit Kernenergie.^[14] Die Wiederinbetriebnahme von bis zu sechs Kernkraftwerken sei technisch möglich. Der Verein Nuclearia schloss sich der Forderung des Lobbyverbands an.^[15] Vorsitzender von Nuclearia ist Rainer Klute, einer der Pressesprecher der [Nuclear Pride Coalition](#), der seine Thesen als Gastautor in der rechtslibertären [Achse des Guten](#) publiziert.

Gemeinnützigkeit des Atomforums?

Die Gemeinnützigkeit des Vereins und die damit verbundenen Steuererleichterungen waren umstritten. Es bestand Grund zu zweifeln, ob der Verein das Prädikat "gemeinnützig" verdient. Laut §52 der Abgabenordnung zeichnet sich Gemeinnutz nämlich dadurch aus, dass die "Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern."^[16] Das Atomforum hingegen wirkte als Lobby für die Energiewirtschaftsunternehmen mit dem eigennützigem Ziel Atomkraft zu fördern ohne Rücksicht auf Risiken. Bereits vor 2015 hat der Verein auf die Gemeinnützigkeit verzichtet.^[17]

2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs

Die taz veröffentlichte im Oktober 2011 interne Dokumente der Kommunikationsagentur [Deekeling Arndt Advisors](#), die 2008 und 2009 für das Deutsche Atomforum tätig war. Diese zeigen, auf wie vielfältige Weise die Atomlobby versuchte, die öffentliche Debatte zu beeinflussen und dabei immer wieder auf die Strategie zurückgriff, vermeintlich unabhängige Instanzen für sich werben zu lassen, damit es glaubwürdiger aussieht. Ein Beispiel war der Verein Women in Nuclear, in dem Frauen für Atomkraft werben. Der Verein veröffentlicht die Herkunft seiner Gelder nicht und bestreitet selbst Teil einer Kampagne zu sein. Aber die Unterlagen von Deekeling Arndt Advisors zeigen, dass die Agentur die Rekrutierung der Mitglieder und die öffentliche Vermarktung des Vereins gezielt unterstützte, um damit die weibliche Zielgruppe anzusprechen und dort Vertrauen in die Atomenergie zu schaffen.

Ein anderes Beispiel: der konservative Historiker Arnulf Baring hielt eine Rede beim 50. Geburtstags des Deutschen Atomforums am 1. Juli 2009 bei einer Feier, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm. Er betont in der Rede, dass er nicht mit den Energiekonzernen verbunden sei und „als unparteiischer, aber leidenschaftlich engagierter Bürger“ rede. Tatsächlich hat die Agentur ihm bei der Rede zugearbeitet und er wurde für den Vortrag bezahlt. Die Agentur sorgt auch dafür, dass Barings Rede als Gastbeitrag in der FAZ abgedruckt wird – auch hier kein Hinweis darauf, dass der Text von der Atomlobby bezahlt und platziert wurde.^[18]

Werbekampagnen und Greenwashing

- Kurz nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl erschienen großformatige Zeitungsanzeigen in denen der damalige Präsident der Bundesärztekammer Karsten Vilmar seine Kollegen dazu aufrief ihre Patienten darüber aufzuklären, dass in Deutschland keine gesundheitlichen Schäden durch das Reaktorunglück in Tschernobyl entstanden sind, und somit „unsinnigen Spekulationen, Unsicherheit und Hysterie“ vorzubeugen. Die zehn Millionen DM teure Kampagne bezahlte das Atomforum, gab aber vordergründig an, dass die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke e.V. zahlte, um so die direkte Verbindung zu verschleiern. Der Spiegel deckte damals weitere (versuchte) Einflussnahmen auf die öffentliche Meinung und die Politik auf, u.a. einflussreiche Journalisten zu Konferenzen einzuladen, den [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) zu überreden eine ähnliche Anzeige zu schalten und die Anliegen der Atomindustrie in einem offenen Brief des BDI-Präsidenten an den Bundespräsidenten vorzutragen.^[19]
- Im Zeitraum 1997 bis 2002 ließ sich die Bundesregierung Öffentlichkeitsarbeit für das Atommüllendlager Asse vom Deutschen Atomforum finanzieren. Dadurch wurden die Kosten für Besucherführungen durch das Endlager gedeckt.^[20]
- 2007 "gewann" das Deutsche Atomforum den [Worst EU Lobbying Award](#) für die Werbekampagne „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“, in der Atomkraft unverblümt als Klimaschutz dargestellt wird.^[21] Die Webseite [Klimaschuetzer.de](#) leitet einen noch immer auf die Seite des Atomforums weiter.
- Eine weitere Werbekampagne startete das Deutsche Atomforum Ende 2010. Per Fotomontage wurden Windkraftanlagen zusammen mit Kernkraftwerken auf Werbeplakaten und in Zeitungsanzeigen dargestellt. Der irreführende Slogan dazu hieß „Klimaschützer unter sich“ und „Kernkraftwerk und Windenergie: CO2-Ausstoß = Null.“ Im Dezember 2010 erreichte die Betreiberin der abgebildeten Windkraftanlagen eine einstweilige Verfügung gegen die Nutzung von Bildmaterial ihrer Windräder für Werbekampagnen des Deutschen Atomforums. Die Begründung des Gerichts, das am 5. Mai 2011 die einstweilige Verfügung bestätigte, lautete folgendermaßen: „Die Werbung ist irreführend, weil sie durch ihre Gesamtgestaltung (...) den unzutreffenden Eindruck erweckt, Kernkraftwerke stünden in Zusammenhang mit Windkraftanlagen und hätten ähnliche gute Umwelteigenschaften.“^[22] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da das Atomforum Berufung eingelegt hat.

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Key Note Speech 2019](#), kern.de, abgerufen am 23.01.2022
2. ↑ [Über uns](#), kernd.de, abgerufen am 19.01.20202
3. ↑ [Habecks Vorschlag zum KKW-Weiterbetrieb](#), kern.de vom 06.09.2022, abgerufen am 26.09.2022
4. ↑ [Strom-Neustart für Deutschland mit Kernenergie](#), kernd.de vom 05.03.2025, abgerufen am 08.04.2025

5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 11.10.2023
6. ↑ [<https://kernd.de/de/zukunftspfad-kernenergie-ein-rationaler-reset/>] Zukunftspfad Kernergie - en rationale Reset, kern.de, abgerufen am 12.08.2024
7. ↑ [Sollen wir mehr Kernkraftwerke bauen, um das Klima zu schützen?](#), umweltbundesamt.de vom 13.06.2024, abgerufen am 12.08.2024
8. ↑ [Roland Tichy im Interview](#), kernd.de, abgerufen am 19.01.2022
9. ↑ [Frank Hennig](#), tichyseinblick.de, abgerufen am 19.01.2022
10. ↑ Winnacker, K. & Wirtz, K. (1988). Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, München: Econ Verlag
11. ↑ Simmert, C. (2002). Die Lobby regiert das Land, Argon Verlag
12. ↑ [Eine starke Lobby - Das deutsche Atomforum und die Entwicklung der Kernenergie](#) Deutschlandradio vom 16. März 2011, abgerufen am 10.04.2017
13. ↑ [Analyse der Rosatom-Aktivitäten bzw. Rosatom-Verflechtungen für das österreichische Umweltbundesamtes](#), Wien 2022, umweltbundesamt.at, abgerufen am 26.09.2022
14. ↑ [Strom-Neustart für Deutschland mit Kernenergie](#), kernd.de vom 05.03.2025, abgerufen am 08.04.2025
15. ↑ [Branchenverband KernD: Kernkraftwerke zurückholen](#), nuklearia.de vom 06.03.2025, abgerufen am 08.04.2025
16. ↑ [§52 AO Gemeinnützige Zwecke](#) abgerufen am 07.04.2017
17. ↑ [Gemeiner Nutzen](#), stuttgarter-nachrichten.de vom 31.08.2015, abgerufen am 19.01.2022
18. ↑ [Ausgedacht und vorgeführt](#) taz vom 29.10.2011, abgerufen am 07.04.2017
19. ↑ [Atomlobby - Ohne einen Pfennig](#) Spiegel Ausgabe 29/1986, Seite 77, abgerufen am 07.04.2017
20. ↑ [Atomlobby zahlt für Asse](#) Spiegel Ausgabe 21/2009, Seite 18, abgerufen am 07.04.2017
21. ↑ [Die Gewinner der Worst EU Lobbying Awards 2007 sind..](#) LobbyControl-Blog vom 4. Dezember 2007, abgerufen am 07.04.2017
22. ↑ [Urteil Landgericht Berlin 91 O 35/11](#) vom 5. Mai 2011, abgerufen am 07.04.2017

FORATOM

Weiterleitung nach:

- [Nucleareurope](#)

Roland Tichy

Der Journalist **Roland Tichy** (*11. November 1955 in Bad Reichenhall*), der die Kommentar- und Analyseplattform [Tychis Einblick](#) betreibt, hat sich vom wirtschaftsliberalen zum national-liberalen Publizisten entwickelt und gilt als einer der hartnäckigsten Klimawandelleugner.^[1] Im Interview mit der Lobbyorganisation Kerntechnik Deutschland e.V stellt Tichy als „Experte“ bedauernd fest, dass Unternehmen der Solar- und Windradindustrie nicht als „Geschäftemacher und Subventionsjäger“ gelten, sondern als Innovatoren, Pioniere und Weltverbesserer.^[2]

Als langjähriger Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem. Vorstandsmitglied der [Aktiongemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehem. Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) war er lange Zeit einer der führenden Strippenzieher wirtschaftsliberaler Netzwerke. Seine politischen Vorstellungen bringt er auf seiner Plattform und in einer Vielzahl von Medien zur Geltung. So schreibt er regelmäßig Kommentare in Zeitungen (z. B. in "Bild am Sonntag" die Wirtschaftskolumne) und ist bei vielen Diskussionsrunden und Talkshows in Rundfunk und Fernsehen präsent.^[3] Tichy unterhielt enge Beziehungen zur [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), einer Lobbyorganisation der Arbeitgeber. Im Februar 2013 hat die "Wirtschaftswoche" (damaliger Chefredakteur: Roland Tichy) gemeinsam mit der INSM die Sonderausgabe "Wie gerecht ist Deutschland?" herausgegeben. [Wolfgang Clement](#), der Vorsitzende des Kuratoriums der INSM, wurde von Tichy 2014 mit dem "Ludwig-Erhard-Preis" für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) ausgezeichnet^[4]

Seit einigen Jahren vertritt Tichy zunehmend rechtskonservative Positionen. So beteiligte er sich im Frühjahr 2017 an einer von der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) getragenen Kampagne, die Margot Käßmann als Rassistin verleumdete.^[5] Dabei wurde ein Zitat von Käßmann durch Weglassen verfälscht. Laut „Handelsblatt“ hat es der frühere CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) 2018 abgelehnt, den von der Stiftung vergebenen Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, weil er nicht mit dem Stiftungsvorsitzenden Tichy auf einer Bühne auftreten wollte.^[6] Vier Mitglieder der Jury seien ausgetreten und hätten Tichy aufgefordert, die Arbeit in der Stiftung besser von seiner publizistischen Tätigkeit zu trennen. Tichy sitzt gemeinsam mit Hans-Georg Maaßen (CDU), dem ehem. Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, im Vorstand der [Stiftung Meinung & Freiheit e.V.](#),. Gegen Maaßen hat der Bundesvorstand der CDU ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, weil dieser immer wieder Sprache aus dem Milieu der Antisemiten und Verschwörungsideologen bis hin zu völkischen Ausdrucksweisen gebrauchte.^[7]

Inhaltsverzeichnis

1 Tichys Einblick	8
2 Gastgeber des rechtspopulistischen Netzwerks "Bürgergipfel"/"Bürgercamps"	9
3 Leugnung einer Bedrohung durch Reichsbürger	10
4 Leugnung des menschengemachten Klimawandels	10
5 Nicht belegte Verschwörungsvorwürfe gegen Bundesregierung und Fachzeitschrift W&V	10
6 Karriere	10
7 Verbindungen und Netzwerke	11
8 Weiterführende Informationen	11
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
10 Einzelnachweise	11

Tichys Einblick

Auf der von Tichy betriebenen Kommentar- und Analyseplattform "Tichys Einblick" polarisieren Tichy und seine Gastautoren mit eurokritischen, rechtskonservativen und den Klimaschutz diffamierenden Artikeln.^{[8][9]} Der „Spiegel“ bezeichnete „Tichys Einblick“ als Plattform für „Salonhetzer“, die mit Verachtung und Hass gegen Kanzlerin Merkel agitieren.^[10] Die ZEIT schreibt, Tichy sei ein wirtschaftsliberaler Demokrat, doch begegne man auf seinem Internetforum Menschen, bei denen eine menschenfreundliche Haltung nicht mehr zweifelsfrei zu erkennen sei.^[11] Tichy mache sich zum Bauchredner von Menschen, die nur die totale

Kapitulation abweichender Meinungen akzeptieren und in der Selbstbewaffnung gegen Migranten eine Problemlösung sehen. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Wer in Tichys Einblick liest, dem fällt sehr schnell auf: Auf Präzision wird wenig Wert gelegt, stattdessen dienen - schlampige - Einzelbeobachtungen als Untergrund für pauschalisierende Urteile und zur Pflege von Ressentiments.^[12] Laut einem Bericht von MEEDIA vom 23.05.2022 ist Georg Gafron nicht mehr Autor bei „Tichys Einblick“, weil die Redaktion des rechtskonservativen Mediums einen seiner Texte eigenmächtig geändert haben soll.^[13] Positive Passagen über Annalena Bärbock seien wohl ins Negative verkehrt worden.

Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück.^[14]

Als Print-Magazin erscheint Tichys Einblick bei der Münchner Finanzen Verlag GmbH^[15], die mit 12,50 % an der Tichys Einblick GmbH beteiligt ist.^[16] Der Finanzen Verlag ist Ende 2022 von der Börsenmedia AG übernommen worden.^{[17][18]} Tichys Einblick soll von den Verkäufern mit den Geschäftsführern Frank-B. Werner und Dieter Fischer fortgeführt werden.

Gastgeber des rechtspopulistischen Netzwerks "Bürgergipfel"/"Bürgercamps"

Am 7. September 2024 trafen sich Rechtspopulisten zum „Bürgergipfel“ in Stuttgart.^{[19][20][21]} Einer der Redner war Roland Tichy; Tichys Einblick war Gastgeber der Veranstaltung. Es wird dazu aufgerufen, regionale Bürgercamps zu organisieren.^[22] Deren Gastgeber organisieren den Veranstaltungsort und laden die Gäste ein. Die Gorus Media GmbH unterstützt die Gastgeber mit Rednern aus dem Pool von rund 70 **Autoren** des rechtslibertären Magazins **Der Sandwirt** sowie dem Sponsoring und Marketing.

Zu den **Gastgebern** des Bürgergipfels gehören^[23]:

- die **Gorus Media GmbH** des Unternehmers **Oliver Gorus**, der das rechtslibertäre Magazin **Der Sandwirt** herausgibt und Kolumnist beim **Freiheitsfunken** ist
- Tichys Einblick
- die **Atlas-Initiative** um Markus Krall, einem Crash-Propheten, der das allgemeine Wahlrecht abschaffen will und Verbindungen zur Reichsbürger-Szene hat.

Zu den **Partnern** des Bürgergipfels gehören^[24]

- die neurechte Monatsschrift „eigentümlich frei
- de „Achse des Guten“
- die Klimafaktenleugner-Organisation **EIKE**,
- die „Free Cities Foundation“, die Privatstädte betreiben will
- der Deutsche Arbeitgeber Verband
- der Smart Investor

Zu den **Sponsoren** gehören:

- Copenhagen Atomic

- Kontrafunk
- WerteUnion Förderverein (Bundesvorsitzender: Hans-Georg Maaßen)

Leugnung einer Bedrohung durch Reichsbürger

In der Razzia gegen Reichsbürger im Dezember 2022 sieht Tichy eine bloße Inszenierung von Innenministerin Faeser: „Es ist mit Blick auf die vermeintlichen Revolutionäre schwer zu übersehen, dass es sich hier um ein Drehbuch handelt, bei dem eine Ministerin den Staatsapparat einsetzt und Polizisten als Komparsen missbraucht für eine alberne, durchschaubare, allenfalls für ZDF und ARD filmreife Inszenierung. Der Verdacht liegt auf der Hand, dass dies gezielt war auf den Tag, an dem die Ampel vor genau einem Jahr die Regierungsgewalt übernahm und seither in kürzester Zeit eine katastrophale Bilanz vorgelegt hat.“^[25] Den Kommentar in der FAZ zur Aktion gegen die Reichsbürger bezeichnet er als eine Form des Akklamationsjournalismus und des Meutenkommentars: „Das Neue Deutschland hätte es nicht hübscher schreiben können, aber nicht einmal die medialen und politischen Machthaber der DDR haben sich eine solche intellektuelle Blöße gegeben und uns in solch einen Abgrund von publizistischem Unrat blicken lassen. Die einstmals klugen Köpfe jedenfalls haben sich einspannen lassen in eine Kindergarten-Inszenierung, die sofort durchschaubar ist.“

Leugnung des menschengemachten Klimawandels

Unter den Journalisten gilt Tichy mit "Tichys Einblick" als einer der hartnäckigsten Leugner des Klimawandels.^{[26][27]} Eine besondere Abneigung hegt er gegen die Windenergienutzung. Vernunftkraft, der Dachverband von Anti-Windkraft-Initiativen, verlinkt mehrfach zur Kolumne von Tichy, der auch als Medienberater für große Unternehmen - wie für die Daimler AG - arbeitete.^{[28][29][30]} Beim [Johannisberger Energiegipfel](#) von Vernunftkraft vom 27.02.2016 wirkte er als Moderator mit. Tichy wird auf der Webseite des [Kerntechnik Deutschland](#) e.V. unter „Expertenmeinung“ neben Mitarbeitern von Kern- und Kohlekraftwerken aufgeführt.^[31] Einer dieser Experten ist Frank Hennig, der viele Jahre in Kohlekraftwerken (VEAG/Vattenfall/LEAG) beschäftigt war. Er ist Autor des Buchs „Dunkelflaute - oder warum die Energie sich nicht wenden lässt“^[32] und schreibt die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ sowie im Magazin „Tichys Einblick“. Hennig tritt als Referent bei Vernunftkraft auf.^[33] Autor der Kolumne „Klimadurchblick“ ist der bekannte Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#).^{[34][35][36]}

Nicht belegte Verschwörungsvorwürfe gegen Bundesregierung und Fachzeitschrift W&V

Aus einem Interview mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) geht hervor, dass Tichy an eine Verschwörung von „Linken“ und regierungsnahen Werbeagenturen glaubt, die aus dem Hochhaus der „Süddeutschen Zeitung“ gesteuert werden.^{[37][38]} Die Regierung von Angela Merkel fördere „bestimmte Werbeagenturen, die dann gewissermaßen als Lohn für die fetten Aufträge politische Gegner niederkämpfen“. Koordiniert werde das von der Marketing-Fachzeitschrift W&V, die zum Süddeutschen Verlag gehört. Tichy erklärt oder belegt seine Vorwürfe nicht.

Karriere

- 09/2015 - 01/2017 Herausgeber der Xing News^{[39][40]}

- 2014 - 11/2020 Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- 2007 - 2014 Chefredakteur der "Wirtschaftswoche"
- 2005 - 2007 Chefkolumnist und später Stellv. Chefredakteur des "Handelsblatts"
- 2002 - 2004 Chefredakteur des Magazins "Euro"
- 1999 - 2002 Chefredakteur der Zeitschrift "Die Telebörse"
- 1996 - 1997 Leiter der Abteilung "Corporate Issues Mangement" bei [Daimler](#)
- 1991 - 1996 Stellv. Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins "Capital", dann Chefredakteur des Unternehmermagazins "Impulse"
- 1990/91 Mitglied des Beraterstabs des Rundfunkbeauftragten der Neuen Länder (Rudolf Mühlfenzl)
- 1985 -1990 Bonner Korrespondent für die "Wirtschaftswoche"
- 1983 - 1985 Mitarbeiter im Planungsstab des Bundeskanzleramtes
- 1981 - 1983 Wissenschaftlicher Assistent am Volkswirtschaftlichen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität in München
- 1976 - 1981 Studium der Volkswirtschaftslehre, Politik und Kommunikationswirtschaft, Dipl.-Volkswirt
- 1976 - 1980 Deutsche Journalistenschule München

Quelle: [\[41\]](#)[\[42\]](#)[\[43\]](#)

Verbindungen und Netzwerke

- Stiftung Meinung und Freiheit e.V., Vorsitzender (Stellv. Vorsitzende sind Hans-Georg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes, und Alexander Mitsch, Gründungsvorsitzender der WerteUnion)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied, bis 11/2020 Vorsitzender des Vorstands
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehem. Mitglied des Vorstands
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Mitglied des Kuratoriums
- [Deutsche Post-Stiftung](#), ehem. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[44]. Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist alleinige Gesellschafterin des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Weiterführende Informationen

- [Roland Tichy gibt Leitung der Ludwig-Erhard-Stiftung auf](#), SPIEGEL ONLINE 24.09.2020
- [Roland Tichy Der Bauchredner](#), ZEIT ONLINE 16.02.2017

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Klimaschutz Es könnte ungemütlich werden](#), cicero.de vom 09.07.2019, abgerufen am 18.04.2020

2. ↑ [Politik und Gesellschaft](#), kern.de vom Mai 2015, abgerufen am 18.04.2020
3. ↑ [Auszug auf der Webseite der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), abgerufen am 18.04.2020
4. ↑ [Ludwig-Erhard-Preis](#), Pressemeldung der INSM vom 17.10.2014, Website INSM, abgerufen am 18.04.2020
5. ↑ [AfD, Broder und Tichy verleumdten Margot Käßmann als Rassistin](#), uebermedien.de vom 29.05.2017, abgerufen am 18.04.2020
6. ↑ [Eklat in der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), handelsblatt.com vom 16.07.2018, abgerufen am 24.08.2020
7. ↑ [Umstrittener Ex-Verfassungsschutzpräsident](#), spiegel.de vom 13.02.2023, abgerufen am 04.05.2023
8. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017 abgerufen am 18.04.2020
9. ↑ [Klimaschutz: Heuchelei entlarvt im Spiegel des Narren](#), tichyseinblick.de vom 07.06.2017, abgerufen am 18.04.2020
10. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017, abgerufen am 18.04.2020
11. ↑ [Der Bauchredner](#), ZEIT ONLINE vom 16.02.2017, abgerufen am 18.04.2020
12. ↑ [Eklat um Preisvergabe](#), sueddeutsche.de vom 16.06.2018, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ [Vorwurf der Manipulation gegen „Tichys Einblick“](#), meedia.de vom 23.05.2022, abgerufen am 21.02.2024
14. ↑ [Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth](#), zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 21.05.2020
15. ↑ [Schande für den Journalismus](#), sueddeutsche.de vom 01.10.2020, abgerufen am 17.01.2023
16. ↑ [Eintrag von Tichys Einblick GmbH beim Amtsgericht Frankfurt am Main](#) vom 20.02.2020
17. ↑ [Übernahme bei Finanztiteln: Börsenmedia AG kauft Verlag](#), merkur.de vom 29.11.2021, abgerufen am 17.01.2023
18. ↑ [\[Verschmelzungsvertrag vom 08.08.2022](#)
19. ↑ [Rechtspopulisten treffen sich](#), stuttgarter-zeitung.de vom 22.08.2024, abgerufen am 27.10.2024
20. ↑ [Offen für alles - Rechtspopulistische Querfronttendenzen beim „Bürgerpipfel“ in Stuttgart](#), krisis.org vom 26.08.2024, abgerufen am 27.10.2024
21. ↑ [Aufstand der Vernünftigen](#), tichyseinblick.de vom 10.09.2024, abgerufen am 27.10.2024
22. ↑ [Bürgercamp Deutschlandtour](#), buergerpipfel.de, abgerufen am 27.10.2024
23. ↑ [„Bürgerpipfel“ in Stuttgart: Rechtes Netzwerktreffen in der Liederhalle](#), zvw.de vom 21.08.2024, abgerufen am 27.10.2024
24. ↑ [„Bürgerpipfel“ in Stuttgart: Rechtes Netzwerktreffen in der Liederhalle](#), zvw.de vom 21.08.2024, abgerufen am 27.10.2024
25. ↑ [„Staatsstreich“](#), tichyseinblick.de vom 08.12.2022, abgerufen am 17.01.2023
26. ↑ [Es könnte ungemütlich werden](#), cicero.de vom 09.07.2019, abgerufen am 18.04.2020
27. ↑ [Konservatives Zerwürfnis](#), djv.de vom 16.07.2018. abgerufen am 18.04.2020
28. ↑ [Roland Tichy](#), premium-speakers.com, abgerufen am 18.04.2020
29. ↑ [Der deutsche Don Quijote gewinnt meist](#), tagesspiegel.de vom 14.06.2019, abgerufen am 18.04.2020
30. ↑ [Profil](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 18.04.2020
31. ↑ [Expertenmeinung](#), kern.de, abgerufen am 18.04.2020
32. ↑ [Frank Hennig – Dunkelflaute](#), abgerufen am 13.07.2023
33. ↑ [Seelenschänder vor Gericht](#), vernunftkraft.de vom 04.11.2017, abgerufen am 18.04.2020
34. ↑ [Klima-Durchblick](#), tichyseinblick.de, abgerufen am 21.02.2024
35. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020
36. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
37. ↑ [Frank Zimmer: Tichys Durchblick](#), 23.01.2017, schmalbart.de, Link funktioniert nicht! abgerufen am 29.04.2020

38. ↑ [Wörtliches Transkript des Interviews mit dem RBB-Mitarbeiter Jörg Wagner](#), 21.01.2017, www.wagner.tv, abgerufen am 18.04.2020
39. ↑ [Roland Tichy wird Herausgeber](#), pressebox.de vom 30.09.2015, abgerufen am 18.04.2020
40. ↑ [Roland Tichy arbeitet nicht mehr für Xing](#), 09.01.2017, gruenderszene.de, abgerufen am 18.04.2020
41. ↑ [Autoren](#), tichyseinblick.de, abgerufen am 18.04.2020
42. ↑ [Profil auf Tichys Einblick](#), abgerufen am 18.04.2020
43. ↑ [Profil bei London Speaker Bureau](#), abgerufen am 18.04.2020
44. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 23.03.2019

Deekeling Arndt Advisors

Deekeling Arndt Advisors (DAA) bezeichnet sich selbst als strategische Kommunikationsberatung für Unternehmen und Institutionen. Dabei nutzt sie "Kommunikationsstrategien, -inhalte und -prozesse, um die Durchsetzung unternehmerischer Ziele und Interessen zu sichern."^[1] Deekeling Arndt Advisors gilt auch als [Lobby-Agentur](#). Für DAA arbeiteten die letzten Jahre eine Reihe ehemaliger PolitikerInnen, wie z.B. [Wolfgang Clement](#).

Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH

Rechtsform GmbH

rm

Tätigkeitsbereich

Gründungsdatum Juni 1995 (als Deekeling & Fiebig Agentur für Kommunikation GmbH)

Hauptsitz

z

Lobbybüro

o

Lobbybüro

o EU

Webadresse deekeling-arndt.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	14
2 Fallstudien und Kritik	14
2.1 2009:Strategierunde bei der FDP	14
2.2 2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs	14
3 Organisationsstruktur und Personal	15
4 Kurzdarstellung und Geschichte	15
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
6 Einzelnachweise	15

Lobbystrategien und Einfluss

DAA über ihre Tätigkeitsbereiche: "Neben der Beratung von Unternehmen und Institutionen zu energie- und umweltpolitischen Themen, zu Kartell- und Wettbewerbsfragen, zu gesundheitspolitischen Herausforderungen und zu Themen des Handels und der Verkehrswirtschaft liegt in der politischen Kommunikation ein Schwerpunkt auf Fragestellungen der Finanz- und Versicherungswirtschaft. Hier beschäftigt sich DAA unter anderem mit Aspekten der Finanzmarktregulierung, des Anlegerschutzes und der Branchenkonsolidierung."^[2]

Deekeling Arndt Think Tank

DAA hat einen eigenen Think Tank geschaffen. Geleitet wird der Think Tank von Rainer Zimmermann (Prof. für Kommunikationsdesign an der FH Düsseldorf, früher Chef von **Kohtes Klewes** (heute: **Pleon**) und **BBDO Germany**. Der Think Tank arbeitet mit einem wissenschaftlichen Kuratorium. Mitglieder sind Ex-Handelsblatt-Chef Heinz-Werner Nienstedt, heute Professor für Medienmanagement an der Uni Mainz, und Walter Reese-Schäfer, Professor für Politikwissenschaft an der Uni Göttingen.^[3]

Fallstudien und Kritik

2009:Strategierunde bei der FDP

Die **FDP** hatte den Bundestagswahlkampf 2009 mit einem eigens dafür gegründeten Kampagnenverbund "Deutschland kann es besser" bestritten. Der Kampagnenverbund bestand aus zehn PR-Agenturen, die in der politischen Kommunikation tätig sind. Teil des Verbundes war eine so genannte Strategierunde mit bekannten Werbegrößen, u.a. Egbert Deekeling, Gesellschafter und Mit-Geschäftsführer bei DAA.^[4]

2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs

Die taz veröffentlichte im November 2011 interne Dokumente der Agentur über eine große Kampagne 2008 für das **Deutsche Atomforum** zur Rücknahme des damals geltenden (rot-grünen) Atomkonsens, wonach die Laufzeit deutscher Kernkraftwerke endgültig begrenzt wurde. Das Atomforum beauftragte die Agentur DAA zu einer Kampagne mit dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland". Das Ziel war lt. den Unterlagen: "Bis zur Bundestagswahl 2009 Grundstimmung pro Laufzeitverlängerung herstellen." Die Wahl gewannen bekanntlich CDU, CSU und FDP und am 28. Oktober 2010 beschloss der Bundestag die gewünschte Laufzeitverlängerung.^[5] Erst die Reaktorkatastrophe in Fukujima brachte die Stimmung Pro-Atomenergie wieder zu Fall.

Organisationsstruktur und Personal

Für DAA arbeiteten die letzten Jahre eine Reihe ehemaliger PolitikerInnen:

- **Nina Hauer** (SPD) stieg zum 1. Oktober 2010 als *Managing Director* ein und übernahm die Leitung des auf politische Fragestellungen spezialisierten Berliner Büros. In dieser Funktion sollte sie eng mit [Margareta Wolf](#) zusammenarbeiten.^[6]
- **Margareta Wolf**, ehemalige [Grüne](#), arbeitet seit dem 1. Dezember 2007 bei Deekeling Arndt Advisors als *Senior Advisor*. Die langjährige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium sowie im Bundesumweltministerium ist im Berliner Büro von DAA tätig.
- **Wolfgang Clement**, ehemaliger Bundeswirtschaftsminister und früheres [SPD](#)-Mitglied, war zeitweise *Senior Advisor* bei Deekeling Arndt Advisors.
- **Friedhelm Ost** (CDU), ehemaliger Regierungssprecher unter Kohl, konnte DAA zeitweise als *assoziierter Senior Advisor* gewinnen.^[7]

Kurzdarstellung und Geschichte

- März 2006 Deekeling Arndt Advisors in Communications GmbH
- Dezember 2001 Deekeling Identity & Change GmbH
- April 1999 Deekeling Kommunikation GmbH
- Juni 1995 Gründung Deekeling & Fiebig Agentur für Kommunikation GmbH

Quelle:^[8]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [DAA Webseite](#) abgerufen am 30.03.2017
2. ↑ [PM Nina Hauer übernimmt Leitung des Berliner Büros](#) abgerufen am 30.3.2017
3. ↑ [Rainer Zimmermann führt Think Tank von Deekeling Arndt](#) [horizont.net](#) vom 25.03.2009, abgerufen am 30.03.2017
4. ↑ [HORIZONT: Prominente Werber helfen der FDP im Wahlkampf](#) [na-presseportal](#), abgerufen am 30.03.2017
5. ↑ [Webarchive: taz blog](#) Rechercheblog der taz vom 28.10.2011, abgerufen am 30.03.2017
6. ↑ [PM Nina Hauer übernahm die Leitung des Berliner Büros](#) abgerufen am 30.03.2017
7. ↑ [LobbyControl-Webseite](#) abgerufen am 30.03.2017

8. ↑ [DAA Webseite](#) abgerufen am 30.03.2017

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie

h

Gründungsdatum 19. Oktober 1949

Hauptsitz Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU BDI/BDA The German Business Representation, Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel

Webadresse bdi.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	17
1.1 Allgemeines	17
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	17
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	18
1.4 Public Private Partnership (PPP)	18
2 Fallstudien und Kritik	19
2.1 2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	19
2.2 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	20
2.3 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	20
2.4 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	22
2.5 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	22
2.6 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	22
2.7 2011: BDI erhält Steuergelder	22
2.8 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	23

2.9 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	23
2.10 Lobbyisten in Ministerien	23
2.11 Bundesbeamte beim BDI	25
2.12 Seitenwechsel	25
3 Organisationsstruktur und Personal	25
3.1 Das Präsidium	25
3.2 Der Vorstand	25
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	25
3.4 Mitgliedsverbände	26
3.5 Landesvertretungen	26
4 Geschichte	26
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
6 Einzelnachweise	27

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher

Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmerversprache (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungspflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern \(IFST\)](#). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut \(EWI\)](#)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut \(EWI\)](#)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Pro Mobilität](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership \(PPP\)](#)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[9]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[10]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[11][12][13]} Der BDI sprach sich von Anfang an größtenteils gegen das REKG aus.

Der BDI wollte das REKG von Anfang an verhindern. In einem Fachgespräch mit dem BMWK und Vertretern der Rüstungsindustrie im April 2022 verkündete BDI-Lobbyistin Kerstin Petretto, vor dem Hintergrund der Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik sollte „zumindest die Aussetzung des Gesetzesvorhabens in Erwägung gezogen werden“.^[14]

Im November 2022 bezog der BDI gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[15] Ein zentraler Punkt für die

Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipmentskontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDI, BDLI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

In den Konsultationen zum REKG wiederholte Vertreter Matthias Wachter die BDI-Forderungen nach Entschädigungsansprüchen und befürwortete eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsanträgen. ^[16]

Neben dem BDI lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen. ^[17]

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht ^[18], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert. ^[19] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“ ^[20]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“. ^[21]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ ^[22]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt. ^[23]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.^[24]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[25] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[25]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.^[26] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).^[27] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[28] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.^[29]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“.^[30] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[31]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[26]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[32] Noch im Juli 2020 hatte der Seitenwechsler und BDI-Geschäftsführer Joachim Lang das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[28]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „no action necessary“.^[28] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt.

Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes [BusinessEurope](#) bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie [BusinessEurope](#) gezielt Lobbyarbeit beim [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[33]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.^[34]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[35]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu [TTIP](#) zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[36], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im [Bundewirtschaftsministerium](#), [Stefan Kapferer](#), auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[37]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[38] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[39]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[40]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[41]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[42]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[43]

Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[44]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[45][46]}
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 - 31.03.2008 ^[47]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[48][46]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[49] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten" ^[48]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[50]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".
Bearbeitete Themen	

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[51], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[52]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[53]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das **Präsidium** besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des **Instituts der deutschen Wirtschaft** und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA), der Präsident des **Deutschen Industrie- und Handelskammertag** (DIHK), der Direktor des **Instituts der deutschen Wirtschaft** sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der **Vorstand** besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion Name

Hauptgeschäftsführer	Tanja Gönne	Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für
----------------------	-------------	--

rin (CDU) Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Stellv.

Hauptges Holger

chäftsführ Lösch

er

Quelle: ^[54] (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmervverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmervverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmervverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:^[55]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der » Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«. ^[56] Es gab schon mehrfach Bestrebungen,

den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[57] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[58]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
- ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
- ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
- ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
- ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
- ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Fachgespräch am 06.04.2022](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Stellungnahme von BDI, BDSV, BDLI](#), bdi.eu, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftsflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024

22. ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
23. ↑ [Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren](#)
24. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ ^{25,025,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung - Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
26. ↑ ^{26,026,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
27. ↑ [Drucksache 19/28193 S. 52](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ ^{28,028,128,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
30. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
31. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" - Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
32. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
33. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
34. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
35. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
36. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
37. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
38. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
39. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
40. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
41. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"](#)
42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf schriftliche Fragen \(Nr. 1, 8, 11, 28\) von Gesine Löttsch \(Die LINKE\) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011](#)
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf schriftliche Fragen \(Nr. 1, 8, 11, 28\) von Gesine Löttsch \(Die LINKE\) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011](#)

44. ↑ [Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)
45. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012](#)
46. ↑ ^{46,046,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012 Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012](#)
47. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011](#)
48. ↑ ^{48,048,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011](#)
49. ↑ [Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011](#)
50. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen. Letzter Zugriff: 25.04.2012](#)
51. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011](#)
52. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011](#)
53. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
54. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
55. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
56. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
57. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
58. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung."](#), Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8